
Markus C. Kerber

Zur politischen Ökonomie der wehrtechnischen Industrie

Anmerkungen zu den industriepolitischen Voraussetzungen deutscher Souveränität



Dr. Markus C. Kerber, geb. 1956 in Bielefeld, Studium der Rechtswissenschaften in Bielefeld, von 1982 bis 1986 Referent im Bundeskartellamt, leitende Tätigkeiten für Investmentbanken, ist seit 1991/92 als Rechtsanwalt und Unternehmensberater in Berlin, Paris, Madrid und London tätig mit den Schwerpunkten Unternehmenskäufe und -umstrukturierungen, Privatisierungen sowie Projektfinanzierungen. Seit 1999 Gastdozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, seit Juni 2001 Privatdozent für Öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Fakultät Wirtschaft und Management.

Problemstellung

Das *ius belli* gehört zu den unverzichtbaren Attributen der Souveränität, auch wenn seine Legitimität politisch immer stärker in Frage gestellt wird.

Inwieweit für die Ausübung dieses Souveränitätsrechtes durch Deutschland industrielle oder gar industriepolitische Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ist sowohl für Juristen als auch Ökonomen auf den ersten Blick nicht einsehbar. Souveränität als ein juristischer Tatbestand, der weitgehend mit staatlicher Herrschaft in einem bestimmten Raum über ein Staatsvolk gleichgesetzt wird, hat zwar seit *Jean Bodin*¹ eine nicht enden wollende geistesgeschichtliche Debatte hinter sich.² Doch in einem waren sich die Juristen stets einig: dass diese unableitbare Herrschaftsmacht, die man gewöhnlich unter Souveränität versteht, ganz unabhängig von bestimmten ökonomischen Voraussetzungen existiere. Gleichwohl hat sich der Souveränitätsbegriff im Zuge der technischen Revolution in den verschiedenen Waffengattungen als nicht ökonomie-resistent erwiesen. Länder wie Frankreich mit einer langen Tradition national-souveränen Denkens finden es schwierig, sich dem Wandel des Souveränitätsbegriffs in einer Welt wechselseitiger Abhängigkeit der Staaten mit anhaltendem Trend zu weltweiter ökonomischer Homogenität zu stellen. Deutschland erlebt gegenwärtig Souveränität in doppelter Hinsicht als ein Novum:

1 Jean Bodin, Sechs über die Republik, Ausgabe von 1586, Paris 1993 (Hrg. Gérard Mairet).

2 Vgl. Herrmann Heller, Die Souveränität, Ein Beitrag zur Theorie des Staats- und Völkerrechts, Berlin u. Leipzig 1927, S. 13 ff., S. 59 ff.

- Zum einen ist die deutsche Nation erst seit 1990 wieder zu voller rechtlicher Souveränität gelangt und braucht auf ihrem Territorium weder Schutz- noch Besatzungsmächte zu dulden.
- Zum anderen wird Deutschland seit Wiedererstehung des deutschen Nationalstaates aufgefordert, sich an militärischen Operationen seiner Bündnispartner in bisher unbekanntem Maße zu beteiligen.

Diese Inflation von militärischen Interventionen im Verbund mit anderen Streitkräften lässt ein Spezifikum moderner Sicherheitspolitik deutlich werden: Sei es aus Gründen der Legitimität oder mit dem Motiv militärischer Effizienz, so gilt doch selbst für eine Hegemonialmacht wie die USA: Sicherheit lässt sich nicht mehr mit national-souveränen Mitteln herstellen. Nur im arbeitsteiligen militärischen Verbund, nur durch enge politische Koordination der beteiligten Staaten lassen sich sicherheitspolitische Herausforderungen bewältigen. Nationale Souveränität unterliegt daher einer wesensmäßigen Transformation. Sie ist für alle Staaten beschränkt und verdichtet sich in operationellem Zusammenhang auf die mehr oder weniger große Teilhabe an und die Mitgestaltung von politischen Entscheidungen und militärischen Maßnahmen.

Ob Deutschland in diesem Sinne teilhaben kann, hängt - unabhängig von seinem politischen Willen - von der Kampfkraft seiner Streitkräfte ab. Sie ist eine notwendige Bedingung jedweder Teilhabe. Angesichts der Verwiesenheit auf Spitzentechnologie - die weit in den zivilen Bereich hineinreicht - kommt eine weitere Bedingung hinzu: Diese Kampfkraft der Streitkräfte muss auf einer industriellen Ausrüstungsbasis basieren, bei der das Industrieland Deutschland als Systemträger in wesentlichen Ausrüstungsfragen nicht übergangen werden kann. Im Klartext: Die modernsten Streitkräfte nutzen wenig, wenn ihre Ausrüstung ausschließlich von der Bereitwilligkeit der Bündnispartner abhängt, sie der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Die industriell-technologische Hegemonie schafft insoweit die Grundlagen militärischer Dominanz, die irreversibel ist und ein mündiges Mitmischen Deutschlands im Spiel der internationalen Sicherheitspolitik unmöglich machen würde.

Der industrielle Einschlag der Fragestellung

Wenn sowohl die Ausrüstung der Bundeswehr als auch die industrielle Ausrüstungsbasis über die Handlungsfähigkeit und das Gewicht des souveränen Deutschland als der führenden europäischen Friedensmacht entscheidet, bedarf der Markt für diese Ausrüstungsgegenstände (Rüstungsgüter) einer genauen Analyse.

Welches sind die Spezifika der politischen Ökonomie der wehrtechnischen Industrie? Diese Frage führt uns zu den zwei wesentlichen wettbewerbsverfälschenden Phänomenen auf dem globalen Markt für Rüstungsgüter:

- zum einen dem unverhohlenen Merkantilismus der USA. Diese Hegemonialmacht nimmt für sich das Recht in Anspruch, den eigenen Markt von nichtamerikanischen Rüstungsgütern frei zu halten und mit vielfältigen Methoden³ andere Länder mittlerer oder kleinerer Größe technologisch an sich zu binden. Die verschiedenen Initiativen - zum Beispiel die „Trade and Defence Initiative“ mit Großbritannien - haben nicht zu einer grundsätzlichen Öffnung des US-Marktes geführt. Immerhin ist Großbritannien hier ein Vorreiter. Kein

3 Z.B. Foreign Military sales.

westliches Land mit Ausnahme Frankreichs leistet sich eine solche Exporthilfe für seine eigene Rüstungsindustrie verbunden mit einer Abschottung des Heimatmarktes wie die Vereinigten Staaten.

Hinzu kommen die Größenvorteile der USA als Einkäufer und Entwickler von Waffensystemen. Diese *economies of scale* betreffen nicht nur den Umfang der Nachfrage, sondern auch die Entscheidungseffizienz.

Während in Amerika allein das Pentagon mit einem riesigem Verteidigungsbudget neuen Entwicklungen im Bereich der Verteidigungsindustrie Impulse verleihen kann, erfordern derartige Entscheidungen in Europa die Mitwirkung, das Zusammenwirken und die Konsensfindung sperriger, souveränitätsbewusster Nationalstaaten.

- Das zweite Spezifikum und wettbewerbsverfälschende Element dieses globalen Marktes für Rüstungsgüter liegt in seinem politischen Wesen begründet: Die Abnehmer von Waffensystemen entscheiden nicht ausschließlich nach ökonomischen Kriterien. Vielmehr ist ihre Entscheidung von einer Fülle anderer Parameter außenpolitischer Natur abhängig. Daher tummeln sich im Vorfeld dieser Entscheidungen unterschiedlichste Interessen privater und öffentlicher Art, die den Markt für Rüstungsgüter zu einem Beispielfall extrem unvollständiger Konkurrenz machen⁴.

Die Analyse dieser Ökonomik kann hier nicht zu Ende geführt werden.⁵ Stattdessen soll die ihr innewohnende Problematik in Form von drei Thesen verdichtet werden:

1. Wer auf dem Markt für Rüstungsgüter kein *agens* ist, d.h. als Staat und Industrie nicht aktiv politisch tätig ist, begibt sich langfristig wesentlicher Parameter von Sicherheitspolitik.
2. Wer keine *politische* Planung zur Sicherung von *industriellen* Systemfähigkeiten betreibt, sei es allein als Nation oder im festen Verbund mit Partnerländern in allen Waffengattungen, wird zu einem Verbündeten zweiter Wahl.
3. Deutschland ist auf dem Gebiet der politisch-strategischen Rüstungsplanung *institutionell unterrüstet*.

Die vorstehenden Thesen, insbesondere die dritte These, mögen hier durch einen Überblick über die verschiedenen Industrien belegt werden:

Luft- und Raumfahrtindustrie: In der Luft- und Raumfahrtindustrie fängt mit der Gründung der EADS die Europäisierung dieser Industriebranche erst an.⁶ Allerdings besteht über die zukünftige Stabilität der Aktionärsstruktur von EADS Ungewissheit, weil der französische Staat neben dem Matrakonzern ein wesentlicher Aktionär des Ensembles ist und bleiben will. Diese Haltung würde es dem DaimlerChrysler-Konzern gestatten, 2003 seine Beteiligung an EADS zu veräußern. Wenngleich bisher am Airbus-Engagement immer festgehalten

4 Vgl. Joseph E. Stiglitz/Bruno Schönfelder, Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Wien/München 1989, S. 372 ff.

5 Vgl. zur Ökonomik der Rüstungsbeschaffung: Dieter Bös, Incomplete Contracting and Target – Cost Pricing, Discussion Paper N° A- 524, Universität Bonn; Dieter Bös/Martin Kolmar, Self Correcting Mechanisms in Public Procurement: Why Award and Contract Should be separated, Universität Bonn 2000; Markus C. Kerber, Das Prinzip ökonomischer Äquivalenz und der Primat der Politik, Diskussionspapier Nr. 2001/13 TU Berlin, Fakultät Wirtschaft und Management.

6 Diese Integration betrifft zum einen die unterschiedlichen Sparten und Branchen die unter dem Dach der EADS zusammengefaßt sind, und auf zweiter und dritter Ebene auch Kooperationen mit dem europäischen Wettbewerber BAE umfassen. Des weiteren geht es um die Zusammenlegung von Standorten, den Abbau von Redundanzen und die überfällige Reorganisation der Lenkflugkörperindustrie.

worden ist, hat DaimlerChrysler an den unterschiedlichen internationalen Produktfronten so viele Herausforderungen zu bestehen, dass die Möglichkeit eines Ausstiegs aus der Luft- und Raumfahrt eine ernst zunehmende Option darstellt. Deutschland hängt also im Schlüsselsektor der Luft- und Raumfahrtindustrie im Wesentlichen von den Entscheidungen eines Automobilvorstands ab.

Wie dieser sich entscheiden wird, ist vielleicht noch offen. Nicht mehr offen ist die Frage, welche Politik die Bundesregierung auf diesem Gebiet betreibt. Denn der Beauftragte der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt wird weder vom Kanzleramt noch von einzelnen Ressortchefs und noch weniger von den Industriellen wirklich ernst genommen. Er ist ein Zaungast, der sich mit einem Titel schmücken darf, ohne auf die Erarbeitung von Konzepten Einfluss zu haben.⁷ Dieser mangelnde Einfluss und damit dieses Defizit an Politik wirken sich bereits negativ bei der Neustrukturierung bestimmter Märkte aus.⁸

Marineindustrie: Die Struktur der Marineindustrie, die sich im Wesentlichen um die beiden Werften Blohm & Voss und HDW gruppiert, war bisher stark national geprägt.⁹ Ihre Stabilität ist auf Dauer fraglich, weil die gegenseitige Verflechtung nicht nachhaltig mit den Interessen der beteiligten Unternehmen vereinbar ist. So sind an dem führenden U-Bootbauer HDW neben SAAB/Kockum auch Preussag und die deutsche BABOCK beteiligt. Während BABOCK 50,1 Prozent des stimmberechtigten Kapitals an HDW hält und auch im Management eine führende Rolle spielt, muss sich die Preussag mit 24,9 Prozent begnügen und kann daher die Beteiligung weder konsolidieren, noch die überschießende Liquidität der HDW nutzen. Diese Struktur wird dadurch kompliziert, dass Preussag wiederum an BABOCK beteiligt ist, und zwar - bis zum Verkauf von 12 Prozent an französische Banken - mit fast 40 Prozent des stimmberechtigten Kapitals, ohne dass Preussag langfristig ein Interesse an direkten oder indirekten Beteiligungen an HDW hat. Die französischen Lieferanten für Elektronikkomponenten Unter- und Überwasser, insbesondere Thales, liegen seit langem auf der Lauer, um - sei es durch eine Beteiligung an STN, dem wesentlichen Lieferanten von Sonarelektronik oder durch eine direkte Beteiligung an den deutschen Werften - Zugang zum deutschen Markt zu finden. Die Thales-Gruppe ist der „Pate“ der französischen Werftindustrie und wird von seinem Miteigner, dem französischen Staat, als Speerspitze für eine europäische Neuordnung der Marineindustrie benutzt.

Die französische Politik zeichnet sich nicht durch Zurückhaltung aus. So behindert das französische Verteidigungsministerium durch die Verweigerung von Exporterlaubnissen die Nutzung französischer Elektronikkomponenten für das Mitbieten deutscher Unternehmen (HDW) bei Angeboten in andere EU-Partnerländer (Portugal). Die eigene Industrie wird durch eine relativ liberale Ausfuhrpolitik begünstigt und gleichzeitig tut die französische Regierung alles, um die Anwendung der EU- Wettbewerbsregeln (vgl. Art. 223 EUV) auf den Sektor der Schiffsbau- und Marine-Industrie zu verhindern.¹⁰

7 Wie dekorativ die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt ist, wurde bei der Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers Mosdorf deutlich. Sein Nachfolger, Staatssekretär Dr. Tacke, ist bereits mit anderen Aufgaben wie der Vorbereitung der G7-Gespräche so beschäftigt, dass nicht ersichtlich ist, wie er sich der neuen Aufgabe überhaupt zeitlich noch widmen kann.

8 Gedacht ist an die Lenkflugkörper-Industrie. Das einzig unabhängig verbliebene deutsche Unternehmen, die DIEHL-Gruppe, sieht sich Annäherungsversuchen aus Amerika und Frankreich ausgesetzt. Währenddessen schaut die Bundesregierung als wesentlicher Auftraggeber zu.

9 Dies gilt mit Ausnahme der Verbindung von HDW zu Kockum.

10 Die Präsenz des französischen Verteidigungsministers Richard auf der Konferenz der europäischen Metallarbeiter für die Restrukturierung der europäischen Marineindustrie am 18. und 19. April 2001 in Brüssel wirft ein bezeichnendes Licht auf die Intention französischer Politik und ihr Engagement.

Auch hier schaut die deutsche Politik zu. Sie unternimmt nichts, um die handelspolitischen Praktiken Frankreichs in Brüssel zu konterkarieren und betrachtet die Gespräche der deutschen Werftindustrie (BABCOCK, HDW, Thyssen) in der Hoffnung, dass die Ergebnisse zu einer tragfähigen Industriestruktur führen mögen. Derweil beteiligen sich Arbitrageure wie *Guy Wyser-Pratte* an BABCOCK und bieten ihre Beteiligung General Dynamics an, ohne dass das BMVg diese Vorgänge gebührend zu Kenntnis nimmt und auswertet.

Heeresindustrie: Die Heeresindustrie befindet sich in einem musealen Zustand. Während die beiden Prätendenten und Marktführer aus dem US-amerikanischen Bereich United Defence und General Dynamics bereits ihre Schlingen auf dem europäischen Festland ausgelegt haben (General Dynamics hat Santa Bárbara in Spanien übernommen, BOFORS gehört United Defence), erfolgte keinerlei reziproke Präsenz europäischer Unternehmen auf dem amerikanischen Markt, und zwar weder in Form von Beteiligungen noch in Form von Einlieferungen.

Die deutsche Heeresindustrie, die wesentlich durch die Gruppen Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegemann dargestellt wird, ist hinsichtlich Aktionärsstruktur, Standorten, Auftragsituation und mentalen Strukturen nicht länger in diesem Zustand zu halten.

Die Aktionärsstruktur von Rheinmetall mit insgesamt dreihundert Aktionären ist nicht nur unübersichtlich, sondern eine permanente Einladung an Aktienarbitrageure, hier *green mailing* zu betreiben.¹¹

Krauss-Maffei mit einer ausschließlich mittelständisch-familiären Struktur ist auf Dauer in dieser Konstellation schon deshalb nicht zu halten, weil die 49-Prozent-Beteiligung von Siemens bis zum Jahresende verkauft werden soll.¹²

Mit dieser Industriestruktur ist auf Dauer die Systemfähigkeit Deutschlands - alleine oder mit atlantischen Partnern - auf dem Gebiet der Heerestechnik nicht zu bewahren.

Institutionelle Insuffizienzen- außenpolitische Neuorientierungen

Trotz der schwindenden Systemfähigkeit Deutschlands - alleine oder zusammen mit Verbündeten - setzt die gegenwärtige Bundesregierung wie ihre Vorgängerinnen auf Teilnahmslosigkeit. Sie hat sich ausweislich ihrer Berichte zur Lage der wehrtechnischen Industrie aus der Politik ausgeklinkt.

Das überwiegend soldatisch geprägte und im ökonomischen Denken ungeschulte BMVg samt seinem administrativen Unterbau (BWB) leistet sich bisher keine Gruppe oder administrative Einheit, die systematisch über industriepolitische Belange nachdenkt.

- Die *Hauptabteilung Rüstung (Rü)* ist durchsetzt von Militärs und ehemaligen BWB-Angehörigen, die wesentlich im Projektcontrolling ihre Energie lassen. Obwohl die Expertise der

11 Hiermit bezeichnet man den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung mit dem ausschließlichen Zweck, lästig zu werden und schließlich mit erheblichen Erlösen ausgekauft zu werden. So geschehen durch den amerikanischen Aktienarbitrageur Wyser-Pratte, der zwischenzeitlich seine Beteiligung wieder an die Röchling-Familien zurückverkauft hat.

12 Die deutsche Heeresindustrie produziert im Übrigen an zu vielen Standorten mit unzureichender Konzentration der Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten. Obschon gemeinsame Interessen bei der Auftragserrlangung zwischen Rheinmetall und Krauss-Maffei bestehen, ist der Auftragsmangel so chronisch, dass sich die beiden Industriegruppen mit der Entwicklung fragwürdiger Projekte oder der Kampfwertsteigerung begnügen, von denen sie wissen, dass hieraus keine großen Fertigungszahlen, unabhängig von den Exportmöglichkeiten, entstehen werden. Hinzu kommen schließlich die mentalen Strukturen, die unzureichende Exporterfahrung, die mangelnde Internationalität sowie ein Community-Denken, dass, verstärkt durch Lobbygruppen und durch umtriebige Consultants, zu einer closed-shop-Mentalität geführt hat.

Rü für eine industriepolitische Strategie ausreichen würde, sind aus diesem Bereich bisher kaum gestaltende Impulse gekommen. Es überwiegt hier eine national-defensive Mentalität.

- Das *Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung* (BWB) ist eine in gleichsam „sowjetischer“ Mentalität verhaftete, überdimensionierte Beschaffungsbehörde, die sich anscheinend darauf konzentriert, die Zeiten für Entwicklung und Beschaffung im Bereich der unterschiedlichen Waffengattungen so lange wie möglich zu strecken und technisch zu verkomplizieren. Industriepolitische Konzepte sind von dieser weitgehend mit sich selbst beschäftigten Behörde nicht zu erwarten.
- Der *Planungsstab im BMVg* ist ohne industriepolitischen Unterbau; er plant nicht, sondern managt Tagespolitik bzw. berät den Minister in tagespolitischen Fragen.
- Im *Amt für Studien und Übungen* der Bundeswehr werden keine implementierbaren industriepolitischen Konzepte erarbeitet, sondern sozusagen In-vitro-Übungen veranstaltet. Sein Einfluss auf die Ministerberatung ist daher grenzwertig.
- Das *Bundeskanzleramt*, obschon ein reger Beobachter der institutionellen Pathologie im BMVg, zieht sich regelmäßig auf den Standpunkt zurück, es sei nicht ressortzuständig. Es habe im Rahmen der Richtlinienkompetenz keine Möglichkeiten, auf eine Verbesserung hinzuwirken. Ob im Rahmen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, die nahe am Bundeskanzleramt arbeitet, eine Kompetenz für Industriepolitik und Rüstungsdiplomatie geschaffen werden kann, ist fraglich.¹³
- Das *Auswärtige Amt*, ohnehin stets skeptisch gegenüber dem BMVg-Ressort und in einer natürlichen Wettbewerbsspannung zum Bundeskanzleramt, verteidigt seine Politik restriktiver Ausfuhrgenehmigung und hindert auf diese Art und Weise, insbesondere die Heeresindustrie, an der Erzielung von Fertigungszahlen und Losgrößen, die das Überleben dieser Industrie ermöglichen würden. Der Hinweis auf das Regelwerk, insbesondere das Kriegswaffenkontrollgesetz und die NATO-Verträge, die Exporte nur im Rahmen des Bündnisbereichs zuzulassen, kann nicht das politische Nachdenken darüber ersetzen, dass bei Fortsetzung dieser Politik die heeresindustrielle Ausrüstungsbasis in Deutschland mittelfristig wegfallen wird. Dieses Nachdenken müsste allein deshalb gefördert werden, weil durch die deutsche Abstinenz auf dem Gebiet einer aktiven Ausfuhrpolitik zur Verminderung des Exportes von Waffen in Bündnisländer oder problematischere Zonen nichts bewirkt wird. Großbritannien, Amerika und insbesondere Frankreich freuen sich über die deutsche Zurückhaltung und können nicht verstehen, warum Deutschland nach wie vor systematisch auf die Rüstungsexportpolitik als Teil der Außenpolitik und als industrielle Voraussetzung nationaler Souveränität zu verzichten gewillt scheint. Wenn erst die industrielle Ausrüstungsbasis Deutschlands weggebrochen ist, verliert die Nation auch endgültig die Option, in der Militär-Außenpolitik mitzugestalten, um sich als Friedensmacht zu profilieren.

Angesichts der nachhaltigen französischen Dominanz auf allen Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik sowie dem unübersehbaren Widerspruch der französischen Politik zwischen ihrem fortgesetzten nationalen Souveränitätsgedanken und der gleichzeitigen Inanspruchnahme der Vorteile von Supranationalität, sollte das Auswärtige Amt vorbehaltlos

13 Vgl. die Studie von Joachim Rohde, Die Entwicklung des deutschen Rüstungsexports in den 1990-er Jahren, Berlin, Juni 2001. Sie ist allerdings ein Einzelfall geblieben. Studien aus dem privaten Bereich wie die freifinanzierte Analyse von Hartmut Kühle, Rüstungsindustrie im Umbruch. Strategien deutscher Unternehmen und Ansätze einer europäischen Neuordnung, Baden Baden 2001 sind demgegenüber wesentlich fundierter.

prüfen, ob eine europäisch-vergemeinschaftete Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht das Gleichziehen mit Großbritannien und Frankreich auf dem Gebiet der Waffenexportpolitik voraussetzt. Wird sich die skrupellose, machtpolitische Praxis französischer Rüstungsexportpolitik zähmen lassen, wenn Deutschland auf dem Gebiet der Waffenexportpolitik mit Frankreich und Großbritannien gleichgezogen hat?¹⁴

Die Konzipierung einer solchen Politik müsste aus der Zusammenarbeit der betroffenen Ressorts unter Federführung des Kanzleramtes in einem interministeriellen Ausschuss, vergleichbar dem *Comité interministeriel*, erwachsen. Nur hier könnte definiert werden,

- was das „deutsche Interesse“ hinsichtlich der zukunftssträchtigen Industriestruktur in allen Waffengattungen ist,
- welche Ausfuhrpolitik zur Erhaltung deutscher Systemfähigkeit geboten ist,
- mit welchen ökonomischen Instrumenten eine solche Politik betrieben wird.

Der Wechsel der Bundesregierung vom Zuschauerstatus zum Akteur bei Beteiligungsfragen setzt voraus, dass eine entsprechende professionelle Investmentstruktur unter Beteiligung von Großbanken und Versicherungsgesellschaften gefunden wird. Wer hier das hohe Lied der reinen Marktwirtschaft singt und auf jedwede Intervention verzichtet, schafft für Deutschlands Rüstungsindustrie schwere Wettbewerbsnachteile.¹⁵ Im Übrigen zeigt der von *James Baker III* geleitete Investmentfonds *Carlyle*, dass professionelle Investments in der Rüstungsindustrie durchaus denkbar sind. Leider hat die Verschweigerung der deutschen Vorstände dazu geführt, dass derartige Projekte bisher nicht mehr vorbehaltlos geprüft wurden.

Von staatlicher Seite müsste allerdings gleichzeitig entschieden werden, welche Ressourcen zum Erhalt einer überlebensfähigen Ausrüstungsstruktur zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel an Entwicklungsaufträgen kann nicht weitere fünf Jahre anhalten. Exportgenehmigungen können hier helfen, die Umsatzeinbrüche aufzufangen. Allerdings müssen auch Ressourcen in den Bereichen der Bundeswehrverwaltung erwirtschaftet werden, die bisher in hoheitlicher Struktur verharren, obwohl sie überwiegend nicht-militärisch sind.

Die fehlende Ressortverantwortung für Rüstungsdiplomatie in der Bundesregierung verlangt nach einer Konstituierung derselben, die nur im Rahmen des Bundessicherheitsrats, also beim Bundeskanzler selbst, möglich ist. Hier müssen die Kompetenzfelder nicht nur aus dem Verteidigungsministerium und dem Auswärtigem Amt, sondern auch aus dem Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit zusammengezogen werden, um das strategische Gesamtkonzept für Deutschland zu erarbeiten. Wer dabei industrielle Interessen ausblendet, macht Deutschland in absehbarer Zeit zu einem Verbündeten zweiter Klasse und gibt damit deutsche Souveränität auf. Das wäre ein weiterer Schritt zur mentalen Transformation Deutschlands zu einer kantonalen Konföderation. Die Geschichtsschreiber würden dies als Anfang vom *finis germaniae* vermerken.

14 Zur Implementierung einer solchen Politik bräuchte Deutschland eine Kompetenz für Rüstungsdiplomatie, also die Integration des Rüstungsexports in die Palette außenpolitischer Handlungsparameter, und zwar im Unterschied zu der französischen und britischen Praxis mit dem erklärten Ziel, für alle drei Nationen gemeinsame Verhaltensregelungen auszustellen, die die Belieferung von Schurkenstaaten oder die Bedienung von solchen Interessen, die mit den europäischen Sicherheitsinteresse unvereinbar sind, nicht zulassen.

15 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die *Financière Bredin*, eine Holding des französischen Verteidigungsministeriums, die sich unter Wahrung eines professionellen Managements systematisch an mittelständischen Rüstungsbetrieben zu Zwecken des Strukturwandels beteiligt.